

steuer, die auf die Verbraucher abgewälzt war, war für die Zechenbesitzer nicht mehr aufzubringen! Für die deutsche Regierung war es daher selbstverständlich, daß die Reichsbank für die notleidende Industrie eine Stützungsaktion unternimmt. Die Industrie entlastete die Reichsbank von ihrem Devisenbesitz. Und die Industrie entlastete sie richtig.

Kapital und seinen Helfern. Das Proletariat sollte sich mehr denn je die Erkenntnis aneignen: halbe Wahrheit ist Lüge. Dann würde es nicht hoffen auf eine Besserung nach dem Rezept, das die oben zitierte Zeitung im selben Artikel bringt, nämlich: Herabsetzung der Preise. Die Dummheit, daraufhin Luftschlösser zu bauen, trauen wir jedoch der

den Arbeitskräfte, nun seine Kraftquellen wo anders zu suchen. Blos gemacht! Sie sind überall am Versiegen. Die Fäulnis im Kapital-Körper hat schon die nationalen Grenzen überall überschritten. Die Ringbildung zum Schutze der Profitinteressen ist umgeschlagen von der Höherentwicklung zur Verweilungsäußerung, in diesem Sinne auch

allernächster Zeit eine Rundreise durch Lateinamerika anzutreten. Deutlicher konnte seine „Friedenspolitik“ allerdings kaum der aufhorchenden Welt signalisiert werden. Man muß nämlich wissen, daß die Union in den letzten Jahren in den südamerikanischen Republiken nicht weniger als fünf Milliarden Dollars investiert hat und das englische Kapital, das vor dem Kriege hier dominierte, mit rapider Geschwindigkeit zum Rückzug zwingt. Die Monroe-Doktrin wird also jetzt von Washington aus rein geschäftsmäßig in Anwendung gebracht. Die Reise Hoovers nach den lateinischen Republiken bedeutet demnach, in klaren Deutsch übersetzt: Der amerikanische Kontinent wird von nun an zur ausschließlichen Interessens- u. d. h. Ausbeutungssphäre des U.S.A.-Kapitals erklärt. — Ein ungewöhnlicher Wink nach London, dem man durch diese Geste zu verstehen gibt, Old England möge sich neue Interessenzonen in Gottes Namen auf dem Monde suchen, der gesamte amerikanische Erdteil von den Schneefeldern Alaskas im Norden bis zum Feuerland im äußersten Süden würde jedenfalls für britische Kapitaleinfuhr gesperrt.

Wie aber ein Unglück selten allein zu kommen pflegt, so geschah auch hier noch etwas Schreckliches, was dem englischen, aber auch dem französischen Imperialismus vorläufig die Sprache gelähmt zu haben scheint. Der gegenwärtig noch amtierende Präsident Coolidge, bekannt als großer Schweizer — seine Gedankentiefe soll nämlich unergündlich sein! — hat am Waffenstillstandstage die längste Rede seiner politischen Laufbahn gehalten. Dabei wurden den herrschenden Schichten in England und Frankreich moralische Backpfeifen von einwandfreier Güte verabfolgt, daß ihr lauter Schall bis Kalkutta und Shanghai vernnehmlich wurde. Herr Coolidge hat nämlich den Herrschaften in Paris und London rund heraus erklärt, daß alle deutschen Reparationszahlungen beinahe restlos durch amerikanische Anleihen geleistet werden wären. Mit anderen Worten: Wenn auch weiterhin an Reparationszahlungen gelegen ist, so hängt das in erster Linie von unserem guten Willen ab. Und dann kommt der Kanaleffekt. Die weitere amerikanische Hilfe ist nur zu haben, wenn der

anglo-französische Imperialismus seine militärischen Rüstungen wesentlich einschränkt. Wörtlich heißt es: „Amerika wünsche nicht die Vorbereitung eines künftigen Krieges zu finanzieren“.

Man kann sich denken, wie diese Rede dort, wohin sie gerichtet war, eingeschlagen hat. Aber auch damit noch nicht genug, wurde unmittelbar darauf eine neue Schreckenskunde verbreitet. Am 13. November weiß das B. T. aus Washington zu melden, daß nunmehr (d. h. nach der Wahl Hoovers, d. Red.) die Annahme des Gesetzesentwurfs für den Bau von fünfzehn neuen Kreuzern und eines Flugzeugmuttersschiffs im Kongreß als gesichert gelten könne. Das ist die Antwort Amerikas auf den englisch-französischen Flottenpakt. Von einer „Entspannung“ zwischen den beiden imperialistischen Weltmächten kann also keine Rede sein, wie gewisse pazifistische Schwätzer und Neunmalkühe es sich und anderen gern einreden möchten. Im Gegenteil, der Interessengegensatz muß sich mit mathematischer Notwendigkeit verschärfen, weil die enorm anwachsenden Expansionsstrebungen des U.S.A.-Kapitals den ökonomischen Spielraum für Großbritannien von Jahr zu Jahr enger gestalten werden.

Die immer noch anhaltende Prosperität innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft der Vereinigten Staaten mit ihrem relativ hohen Lohnniveau — verglichen mit Europa versteht sich — ist natürlich auch der Hauptgrund für die durchaus antisozialistische Haltung der amerikanischen Arbeiterklasse. Es hat wirklich keinen Zweck, sich hierüber Illusionen zu machen. Der kapitalistische Turmbau Amerikas steht vorläufig noch auf verhältnismäßig sicherer Grundlage. Neben dem noch immer recht kaufkräftigen Binnenmarkt steht dem U.S.A.-Kapital das noch zum geringsten Teil erschlossene Territorium Lateinamerikas zur Verfügung, ferner das gewaltige Ostasien und — Rußland. Die Möglichkeiten zu fortschreitender Kapitalakkumulation sind also gegeben. Wie eine solche Entwicklung jedoch auf die Dauer ohne imperialistische Zusammenstöße mit den Hauptkonkurrenten vor sich gehen soll: das ist freilich eine andere Frage.

Zerfall der K. P. D.

Zehn Jahre sind es nun seit die linke Opposition der SPD. sich zur KPD. vereinigte. Unter Führung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs schien erstmalig eine Organisation des Proletariats zu entstehen, die das Schwergewicht aus den engen Führerkonventionen in die Massen selbst verlegen wollte. Zehn Jahre bitteren Kampfes, zehn Jahre innerer Auseinandersetzungen, zehn Jahre Spaltungen — und das, was sich heute KPD. nennt, ist weiter von Ausgangspunkt des Gewollten entfernt, als es je die SPD. war.

Das sind Tatsachen, über die ein Streit heute inopporant ist. Wir können uns jetzt nurmehr auf die Feststellungen beschränken, die den Zerfall der KPD. als revolutionäre Partei kennzeichnen. Gleichlaufend mit der Entwicklung in Rußland, mit der Anpassung dieses sogenannten „Arbeiterstaates“ an die kapitalistische Gesellschaft müssen auch die Gebilde der 3. Internationale — wie die deutsche KPD. — ihren Anpassungsprozess vollziehen. Der Gegensatz zwischen revolutionärer Phraseologie und den Bedürfnissen des russischen Staates, dessen außenpolitische Propagandazentrale die KPD. war, bricht nun offen aus.

In drei verschiedenen Richtungen wird der Kampf um das leninistische Evangelium geführt. Es gibt ein Zentrum der Partei, das ohne eigene Meinung das Steuerruder der jeweils herrschenden Klique in Rußland ist. Einen linken Flügel, in dem sich langsam und unbefolgt vorerst noch das, was wirklich revolutionär in der KPD. war, zusammenfindet. Und es gibt eine Rechte, die aus den Vorgängen in Rußland den Schluß ableitet, daß die „revolutionären“ Vergangenheit zehrt. Es ist ein Kampf aller gegen alle, der zu dem Zerfall der Partei als solcher führen muß. Liebliche Blüten treibt dieser Gärungsprozess. Korruption und Gewalttätigkeit sind seine Begleiter. Thälmann — der Ebert der KPD. — vertritt monatlang die Unterschlagungen seines Schwagers Wittorf. Opposition dagegen ist „rechte“ Abweichung und führt dazu, daß man selbst der alten Klara Zetkin mit Ausschluß aus der Partei droht. Die Wohnung eines der Anführer dieses letzten (beileibe nicht vereinzelt) Korruptionalles in Hamburg, der zu gleicher Zeit als der Vertreter der dortigen Liquidatoren gilt, wird von Thälmann-Leuten in einer Anzahl von

30 bis 40 Mann umlagert, und die „Rechten“, die sich dort zu einer Fraktionsitzung zusammenfinden, überfallen, verprügeln und zum Ausschluß aus der Partei festgestellt. Zu Berlin hat August Thalheimer, wohl der letzte befähigte Kopf der KPD., seine Auffassung von der Stabilisation des Kapitalismus in der Welt und Rußland und der Unmöglichkeit einer revolutionären Fähigkeit mit dem Ausschluß aus der Partei büßen müssen. Auch Heinrich Brandier, der ehemalige Ehrenvorsitzende der 3. Internationale, mußte das gleiche Schicksal teilen, weil auch er offen das zugab, was die KPD.-Politik ist, nämlich unter Kritik der SPD. nichts anderes, als es die SPD. auch treibt. Der Sieg des Kulakentums und der Nep-Bourgeoisie in Rußland soll in seinen Auswirkungen noch weiter durch revolutionären Tam-Tam versteckt werden. Thalheimer, Brandier, Zeitkin haben zu früh die Maske fallen lassen, das ist ihre Schuld.

Anders steht es mit der linken Opposition. Ihr zuliebe stürzte man sich in das Abenteuer des Panzerkreuzerscheides. Die Don Quichoterie endete blamabel wie sie begann. Man hat heute noch nicht gewagt, entgültige Zahlen über die Beteiligung an diesem parlamentarischen Humbug zu veröffentlichen. Glaubt man etwa auf diese Art die offizielle Bankrotterklärung hinausögern zu können? Es ist ja doch ein offenes Geheimnis, daß nicht einmal die Zahlen der letzten Reichstagswahlstimmen für die KPD. zusammenkommen. Vergeblich war der Liebe Mühe! Die linke Opposition ist durch diesen ihr hingeworfenen launen Apfel nicht satt geworden. Was sie eigentlich will, weiß die Linke selbst nicht. Aller Wahrscheinlichkeit nach folgt sie dem Gedankengang Trotzki's, der ja bekanntlich die Politik aus der Kriegs- und Bürgerkriegszeit Rußlands als die Grundlage einer wirklich revolutionären Politik ansieht. So, wie Trotzki, verkennt auch die Opposition in der deutschen KPD. die Möglichkeit, in der heutigen Situation gleichermaßen zu handeln wie damals. (Und was taten sie damals? — Sie übten Neutralität beim Kampf Rußlands gegen Polen, verpaßten sonst jede Gelegenheit zum Kampf, ließen sich zur Unzeit durch Bela Kun von Losschlagen führen, weil die russische Außenpolitik es erforderte usw.) All diesen Unsinn noch einmal wiederholen? Zum Glück kennt die Geschichte so etwas nicht. Die

Trotzki-Opposition in Rußland ist das erste, wenn auch unklare Anzeichen eines neu beginnenden Kampfes der Arbeiter gegen den sich aufbauenden Kapitalismus. Die linke Opposition in Deutschland ist die ebenso unklare Aufwallung gegen jahrelange Rußland-Lüge und Abgleiten in den Opportunismus. Ihr fehlt Klarheit über sich selbst, über Weg und Ziel des eigenen Kampfes. Vorläufig plätschert das Oppositionswässerchen nur um die Korruptionsercheinungen herum. Jedoch bringt die Auseinandersetzung links, rechts und Mitte in der KPD. diese selbst ins Wanken.

Rudis Geistesblitze.

Herr Rudolf Breitscheid, der in dem großen Genfer Revue-Theater die Rolle des lyrischen Fenors zu spielen hat, hält sich bekanntlich für einen Staatsmann von europäischem Format. Lassen wir dem großen Rudi den Glauben an sein Genie — was geht das uns an! Eine andere Frage ist freilich die, ob die Politik, die der sozialdemokratische Führer dann und wann zum besten gibt, in irgend einer Weise noch mit jener Idee etwas zu tun hat, die der Marxist als Sozialismus zu bezeichnen pflegt. In der außenpolitischen Reichstagsdebatte vom 20. November hat der Völkerbundsdelegierte Breitscheid die Welt mit einigen Geistesblitzen erfreut, die so schön sind, daß es sich lohnt, für ihre Unsterblichkeit Sorge zu tragen. Da sind zunächst einmal jene klassischen Sätze, die von unserem großen Parlamentsredner zur Frage der Rheinlandräumung geprägt wurden. Wir zitieren nach dem „Vorwärts“:

„Diese Regierung, in der Sozialdemokraten sitzen, hat als erste den Versuch gemacht, das Heil Wunder von Genf aufzuklären, sie hat die Forderung der sofortigen und totalen Räumung vor dem versammelten Kriegsvolk in Genf erhoben ...“

Gerade Leute, die kühne Geste und stolze Worte fordern, müßten das doch anerkennen! (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Was auch wir ohne weiteres anerkennen müssen — die Tatsache nämlich, daß Hermann Müller, Breitscheid und Co. die Rheinlandräumung fordern — im Interesse der deutschen Bourgeoisie!

Dieses war der erste Streich. Es folgt nun das Kapitel: Abrüstung. Rudis Geist leuchtet tief in die europäische Finsternis hinein. Denn eine neue Wahrheit wird verkündet:

Wir wollen die Abrüstung, aber wir werden gleichzeitig alles tun, um die Sicherheit zu fördern durch die Garantie der vertragsmäßigen Bindungen und der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit.“

Sicherheit, Kriegs-sächtigenspakt, obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit — die außenpolitischen Ideale der guten „Tante Voß!“ Herr Breitscheid, befindet sich Ihr Denkvorgang wirklich in einem derart hoffnungslosen Zustand, daß Ihnen dieser 100prozentige Unsinn als politische Weisheit erscheint? Der Dank des Vaterlandes und das Hohngelächter der Hölle ist Ihnen gewiß.

Nach dem Wort: „Ende gut — alles gut“ haben wir uns den besten Witz natürlich zum Schluß aufbewahrt. Rudi, der leider nur körperlich große Nachfolger August Bebel's, kann nicht umhin, der Reparationsfrage einige tiefe Gedanken zu widmen. Sie sind so abgrundtief, daß wir auf ihre Weitergabe lieber verzichten wollen. Aber ein Gedanke steht da — erhaben wie der Eiffelturm in Paris. Dieser waschechte Breitscheid-Gedanke soll keineswegs — es wäre ein Verbrechen! — der Nachwelt vorenthalten werden. Er lautet urkundlich also:

„Von deutschen Standpunkt aus wünschen wir, daß die Sachverständigen politisch nicht gebunden seien, auch nicht an Waltungen ihrer Regierungen, sondern daß sie aus ihrer persönlichen Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse entscheiden.“

Also sprach Rudolf Breitscheid. Das ist offenbar so zu verstehen, daß die Herren „Sachverständigen“ ein Flugzeug bestiegen, das sie täglich tausend Kilometer über die Erde erhebt, wo jene rann- und zeitlose Atmosphäre erreicht wird, in der die verschiedenen national-kapitalistischen Wirtschaftsinteressen sich in blauen Dunst auflösen. Wir armen Erdensöhne sind leider nicht in der Lage, an dieses neue Christwunder zu glauben. Von unserem „deutschen Standpunkt“ aus neigt wir eher zu der Annahme, daß die Gehirne der Proletariat mit blauem Dunst umnebelt werden sollen, zu dem Zwecke nämlich, daß sie die Akkumulation des Elends nicht wahrnehmen, die aus der Reparationslasten notwendig erwachsen muß. Meinen Sie nicht auch, Herr Breitscheid?

8. Jahrg. 1929

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Nr. 1/2

Preis 10 Pf.

(Erfolgt nach Bedarf.)

Organ der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Angeschlossen der Kommunistischen Arbeiter-Internationale

Int. Institut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Zur Pariser Konferenz

Die in Paris tagende Sachverständigenkommission zur Nachprüfung des Dawesplanes war noch vor einem Vierteljahr das Ziel der Sehnsucht der gesamten bürgerlichen und erst recht natürlich der sozialdemokratischen Presse Deutschlands. Jetzt, wo die Konferenz tagt, ist das alles anders geworden. Damals hieß es: es wird höchste Zeit, daß der Dawesplan nachgeprüft, vor allem aber, daß endlich die Gesamtsumme der deutschen Verpflichtungen abschließend festgestellt wird. Den Sehnsühten sind inzwischen Jammerklänge und Kassandrarufer gefolgt. Der gut verdienende deutsche Bürger, der allabendlich in Massen die Theater, Kinos, Tanzpavillons und Amüsierlokale aller Art frequenziert, klagt jetzt angstvoll: die Gesamtsumme werde gewiß zu hoch angesetzt werden — wenn der Schutze der deutschen Währung wegfalle, so werde gewiß eine neue Inflation kommen.

Jedenfalls aber fühlt der deutsche Spießer sich wieder einmal im Mittelpunkt der Weltgeschichte stehen, alles dreht sich — meint er — um ihn, und er merkt nicht, wie sehr diese Konferenz zugleich den Versuch bedeutet, die immer bedrohlicher werdende Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze unter den Weltmächten durch eine Formulierung der gemeinsamen Interessen zu überwinden. Die Schärfe dieser Gegensätze kam soeben erst zum Ausdruck in den Beschlüssen des englischen Imperialismus einseitig, des nordamerikanischen andererseits, ihre Flottenstreitkräfte schleunigst zu erhöhen. Zwar spielte sich gleichzeitig auf finanziellen Gebiet etwas anderes ab, was auf völlige Herzensbrüderschaft der beiden angelsächsischen Mächte schließen lassen könnte: eine Zusammenarbeit der beiden Notenbanken in der Erhöhung des englischen Zinssatzes bei gleichbleibender Höhe des amerikanischen Zinssatzes — eine Aktion, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll, die jedoch zweifellos nach persönlicher Verhandlung des Präsidenten der Bank von England mit New Yorker Finanzkreisen zustande kam, und die sowohl der Aufrechterhaltung der englischen Währung wie dem Kapitalbedarf der amerikanischen Wirtschaft zugute kommt. Derartige, auf den augenblicklichen Zustand der internationalen Geldmärkte berechnete gemeinsame Aktionen sollten aber nicht den Blick für die unüberbrückbaren Gegensätze zwischen den beiden imperialistischen Weltmächten trüben, die zur gleichen Zeit so zu schwarzen Demonstrationen führen, wie es die Beschlüsse auf beschleunigte Flottenrüstung sind.

Dieser Gegensatz der angelsächsischen Mächte ist zugleich maßgebend für die Rolle, die Frankreich im politischen Hintergrund der Pariser Konferenz spielt. Die französische Militärmacht mit ihren Filialen im Osten Europas ist zwar im Augenblick mit England näher befreundet als mit Amerika, aber sie ist wohl kaum unglücklich festgelegt und hat auch gar keinen Anlaß, sich endgültig festzulegen. Sie wird vielmehr nach wie vor versuchen, aus ihrer Position als stärkster möglicher

Bundesgenosse herauszuholen, was irgend herauszuholen ist.

Dies ist das wichtigste über den politischen Hintergrund der Pariser Konferenz. Schon von hier aus ist zu erkennen, daß die Position der deutschen Bourgeoisie nicht einfach ist. Der Wille der Gläubigerländer, sich untereinander vorläufig — jedenfalls bei diesem Anlaß — zu einigen, ist zweifellos vorhanden, aber die Einigung kann nur erfolgen auf Kosten des schwächsten Teils, der deutschen Ebert- und Hindenburg-Republik.

Jede Einigung aber, wie sie auch aussehen mag, muß auf die Dauer an ihren inneren ökonomischen Widersprüchen zerplatzen. Wie liegen die Dinge finanziell und wie liegen sie ökonomisch? Bei Betrachtung der finanziellen Seite darf man nicht vergessen, daß die sog. „Sachverständigen“ fast ausschließlich Bankleute sind, der größte unter ihnen, Morgan, als der ungekrönte König der internationalen Hochfinanz, zugleich auch der Beherrscher der Konferenz. Ihr gemeinsames Interesse ist das große Geschäft, das mit der sog. Kommerzialisierung der deutschen Reparationsschuld winkt. Die Kommerzialisierung bedeutet, daß aus der Schuld von Staat zu Staat eine Schuld der deutschen Republik gegen diejenigen Privateute gemacht wird, die Anteilscheine an dieser Schuld gekauft haben. Diese Anteilscheine zu schaffen und auf den Markt zu bringen, bedeutet für die internationale Hochfinanz eine der größten Weltgeschäfte, die sie je gemacht hat. Schon allein an der normalen Gebühr, die sie für ihre Mitwirkung wie für jedes andere Bankgeschäft erhebt, wird sie Hunderte von Millionen verdienen; zu zweigelt von den ungeheuren Gewinnen, die sich dann später an dem Auf und Ab der Börsenkurse erzielen lassen. Es versteht sich von selbst, daß die Banken in ihrem eigenen Interesse genau untersuchen, ob der Weltmarkt für Anleihen jetzt schon aufnahmefähig für ein solches enormes Objekt ist, und unter welchen Voraussetzungen. Ebenso versteht sich von selbst, daß die amerikanischen Bankiers wenig Interesse daran haben, die Schuldsumme zu niedrig anzusetzen. Daher denn auch die phlegmatische Ruhe der amerikanischen Politiker, wenn irgendwo die Andeutung fällt, Amerika möge die Schuld Frankreichs und Englands herabsetzen. Das ist ein Thema, auf das man sich erst gar nicht einläßt. Man weiß den wirtschaftlichen und politischen Druck zu schätzen, unter dem man die europäischen Schuldnerstaaten mit diesem Mittel der Kriegverschuldung hält, und man weiß, daß dieser Druck auf Deutschland weitergegeben wird. Polnarcé hat seine Forderungen sehr deutlich formuliert: alles, was Frankreich an Amerika zu zahlen kann, will es von Deutschland wiederhaben, dazu die ganzen Summen, die es für die Wiederherstellung der kriegszerstörten Gebiete (einschließlich ungeheurer Betrugs- und Korruptionsbeträge) ausgegeben hat.

Angenehm wird ja nun auch die ökonomische und sogar — wozu haben wir unsere modernen Errungenschaften? — die soziale Seite des Problems in Paris geprüft. O, bitte sehr, es ist alles da, sogar die Fürsorge für den Lebensstandard der deutschen Volksmassen hat man bekanntlich im Dawesplan nicht vergessen. Wenn man von dem absteht, was hier offensichtlich überhöcker Kulisse ist, aufgestellt für die Armen im Geiste, so bleibt die Frage offen, wie die Konferenz sich die Auswirkungen weiterer Reparationsleistungen in ökonomischer Hinsicht vorstellt. Wahrscheinlich gar nicht, denn das Problem, vor dem sie hier steht, ist unlösbar. Die deutsche Wirtschaft kann nicht monatlich 2½ Milliarden zahlen, ohne zugleich den gesamten Weltmarkt in katastrophale Unordnung zu bringen und die Lebenshaltung des eigenen Proletariats auf ein Kuli-Niveau zu drücken. Was bisher abgeführt wurde, ist bezahlt worden aus Schulden, die die Kapitalisten und Gemeinden Deutschlands aufgenommen haben. Dieser Prozeß der Auslandsverschuldung kann natürlich noch erhebliche weitere Fortschritte machen, und es können noch bedeutende Teile des deutschen Produktionskapitals in amerikanische und englische Hände kommen. Aber auch das hat einmal ein Ende, und vor allem ist es natürlich für das deutsche Proletariat ohne jede Bedeutung, ob es von seinen „eigenen“ oder von ausländischen Kapitalisten ausgebeutet wird.

Das Geschrei, in dem die KPD.-Presse mit Hugenberg Arm in Arm die deutschen Arbeiter befohlen zu machen sucht: Deutschland dürfe nicht eine Kolonie des Weltkapitals werden — ist daher ohne jeden Sinn, sofern man sich nicht mit der demagogischen Absicht seiner Urheber begnügt. Die Aufgabe des deutschen Proletariats ist nicht die Rettung der nationalen Selbstständigkeit der deutschen Wirtschaft, sondern die Eroberung dieser Wirtschaft in die Hände der Arbeiterklasse.

Wie stellt sich denn die Masse des Volkes zu den Reparationsfragen? Instinktiv ganz richtig, nämlich so: was geht uns das an? Haben wir Schulden an Amerika oder sonst wen? Wir haben keine Schulden gemacht und haben nichts unterschrieben. Darum wollen wir ausgehen, was wir verdienen, auch wenn es mal etwas mehr ist als zum einfachen Vegetieren notwendig wäre. Was man im Bauch hat, kann einem keine Steuer und kein Gerichtsvolzleiher mehr nehmen. Sollen die oben doch sehen, woher sie das Geld bekommen, die, den Krieg und die Inflation gemacht und an beiden verdient haben. — Wir wiederholen: ein richtiger Instinkt steckt in dieser Haltung, aber freilich keine klare Erkenntnis. Nur darum ist es möglich, daß die blöde und gedankenlose nationalistische Mache der Leute um Hugenberg, des Klubs auch unter Arbeitern noch immer Erlöse haben kann. Nur darum auch, nur weil er dumpfes, an sich richtiges Gefühl nicht geklärt, sondern durch Phrasenschwall mißbraucht wird, ist es auch möglich, daß noch immer der nationalistische Parolenzirkus der KPD. Anhänger findet.

steiner, die auf die Verbraucher abgewälzt war, war für die Zechenbesitzer nicht mehr aufzubringen! Für die deutsche Regierung war es daher selbstverständlich, daß die Reichsbank für die notleidende Industrie eine Stützungsaktion unternimmt. Die Industrie entlastete die Reichsbank von ihrem Devisenbesitz. Und die Industrie entlastete sie richtig.

setzender Leib, der noch eine Zeitlang von Moskau geliebtest und galvanisiert werden wird. Die Garnitur der Thälmannen ist nichts anderes als die Papageierherde Stalins und in den Ekki-Botschaften wird es in Zukunft heißen: Papageien vor die Front, verkündet den Proletariern. Und die Ortschaften werden mit den Schälmen um die Wette kreischen. Wie lange die Proleten aber dieses als Musik verkleidete Geräusch noch anhören? ... Die Deutschen werden ihrer langen Geduld wegen auf dem ganzen Erdball renekt.

Lohnkämpfe u. Arbeiterschaft

Ueber den zur schönen Weihnachtszeit glücklich beendeten Lohnkampf der Rheinischen Metallarbeiter und den Severing-Schiedspruch ist in den Arbeiterzeitungen aller Richtungen nun schon wochenlang geschrieben worden. Es war schon charakteristisch, daß der Schwerpunkt, auf den es für revolutionäre Proletarier ankam, überhaupt nicht begriffen wurde. Je nachdem welcher Partei, linken oder rechten Flügel, eine Zeitung angehörte, ist in den üblichen Abweichungen des Grades von Anerkennung, Ablehnung oder Verlegenheitsausreden das Resultat behandelt worden. Bestenfalls wurde auf die führenden Männer losgedroschen, wobei die linkssozialistische Presse an Schärfe hinter den KPD-Blättern keineswegs zurückstand, dagegen von dem prinzipiellen Standpunkt der Lohnkämpfe um Tagesfragen ausgehend — was sie ja alle tun — in sich klarer und logischer in ihrer Kritik vorkamen als die Moskauer. Schärfer als die Leipziger Volkszeitung z. B. mit ihren Feststellungen eines unerträglichen Severing-Skandals hat auch keine „Rote Fahne“ geschrieben.

Wir aber müssen unser Augenmerk auf den wichtigsten Faktor lenken — und das ist die Arbeiterschaft selbst in den von der Aussperrung betroffenen Gebieten. Hier ist festzustellen, daß jeglicher Ansatz wirklich revolutionären Willens fehlte: es geht nicht an, alles einfach auf Organisation, Führerklicke und Verhandlungsschiebungen abzulenken. Schließlich sind wir ja historische Materialisten und wissen, daß auch die Möglichkeit der Vorherrschaft all dieser Instanzen seine innere Gesetzmäßigkeit hat. Auf die Frage an einen ehrlichen KPD-Arbeiter, wozu er eigentlich den Unterschied sehe zwischen freien und christlichen Gewerkschaften, bekam man die klare und ehrliche Antwort: gar keinen, aber es gibt ja auch gar keinen Unterschied mehr zwischen christlichen und freigewerkschaftlichen Arbeitern. Die christlichen redeten heute schon genau dasselbe wie die Freien. Die allgemeine Stimmung war so, daß man, nachdem man in dem Bewußtsein, diesmal die Sympathie der großen Öffentlichkeit und die Unterstützungsgelder zu erhalten, den Hungergürtel einiger Wochen etwas fester geschnallt hatte, vor allen Dingen wieder in den Betrieb kommen wollte. Lieber mit 12 Pfennig Lohnhöhung, wenn nicht anders geht auch mit 6. Nicht das ist das Wichtige, daß die Parteien und natürlich vor allen Dingen die örtlichen Gewerkschaftsinstanzen ängstlich jedes Ueberschlagen des Wirtschaftskampfes in eine Atmosphäre politischen, geschweige revolutionären Charakters verhinderten, weder öffentliche Versammlungen abhielten, noch Demonstrationen — wichtiger ist, daß die Arbeiterschaft in ihrer überwiegenden Mehrheit dies auch gar nicht wollte. Kein Wunder, daß daher Funktionärwesen, Instanzenpolitik und eifriges Diskutieren hinter den Kulissen in vollster Blüte stand. Angefangen vom grünen Tisch kleiner örtlicher Gewerkschaftsinstanzen bis zu den Geheimverhandlungen der Oberbänken und schließlich Severings mit den Großindustriellen. War den Arbeitern seinerzeit klar gemacht worden, daß sie für eine Koalitionsregierung sein müßten, um unter der Mitwirkung und dem Einfluß sozialdemokratischer Minister „politische“ Löhne zu erzwingen, so wurde ihnen jetzt bewiesen, daß sie auf diese schönen Löhne verzichten müßten, um die Koalition zu sichern — auch eine „Dialektik“ des Geschehens! Wie wenig den eingetragenen Funktionärbürokraten auch nur im entferntesten klar wurde, was Klassenkampf ist, geht aus einer Versammlung der Betriebsräte hervor, in welcher mit allgemeiner Zustimmung die Parole ausgegeben wurde, den Kampf als einen Erfolg des Koalitionsgedankens zu feiern! und zwar deshalb, weil sonst doch keine staatlichen resp. kommunalen Unterstützungen gezahlt worden wären. Diese Auffassung hatte natürlich den

Kapital und seinen Helfern. Das Proletariat sollte sich mehr denn je die Erkenntnis aneignen: halbe Wahrheit ist Lüge. Dann würde es nicht hoffen auf eine Besserung nach dem Rezept, das die oben zitierte Zeitung im selben Artikel bringt, nämlich: Herabsetzung der Preise. Die Dummheit, daraufhin Luftschlösser zu bauen, trauen wir jedoch der

Hauptzweck, Reklame für die Gewerkschaften zu machen, mit dem Hinweis, daß die Organisierten doppelte Unterstützung bekamen. Also Revisionismus in der Karikatur: Die Bewegung ist alles, das Ziel nichts! Die Lohnbewegung als Selbstzweck im Interesse der Gewerkschaften! Der Sinn der Lohnbewegung also Reklame für die Gewerkschaften! Maßregelungen — oh, die gibt es nicht mehr — das nennt man jetzt „Einstellung jeweilig nach den Bedürfnissen“. Das entscheidende Resultat ist auch hier die tiefe Kluft zwischen den Arbeitern im Betriebe und den Draußenbleibenden. Die Resignation, die große Massen der Arbeiterschaft erfaßt hat, wird — damit ist zu rechnen — noch eine geraume Weile andauern, immer wieder werden auch die Arbeitenden erfahren müssen, wie wenig ihnen Schiedsprüche mit und ohne sozialdemokratische Minister etwas nützen wie ihre Lage nach wie vor, die der armselig Ausgebeuteten bleibt. Bis die Erkenntnis, daß die Gewerkschaften völlig und ganz Apparat des bestehenden Staates sind, seiner Erhaltung dienen, sich durchsetzt. Das wissen schon viele Proletarier heute, daß die nächste Phase wieder revolutionär sich auswirkender wirtschaftlicher und politischer Verhältnisse in erster Linie den Kampf gegen die Gewerkschaften zum

Sieben erschienen:
Die 3. vom Autor erweiterte Auflage
„Der historische Materialismus“
Für Arbeiter erklärt
von Hermann Gorter
134 Seiten, broschürt 1.— M., Leinen geb. 2.50 M.
Wir empfehlen jed. m. Arbeiter dieses wertvolle Buch zu lesen.
Zu beziehen durch
Gustav Herrmann, Berlin-Steglitz, Schützstraße 128
Pressefonds:
Genosse Pannekock, Holland 80 RM

Ziel haben muß. Nur hier ist der Hebel, an dem die gesellschaftlichen Kräfte anzusetzen haben werden, aus denen heraus der Kampf um die Machtergreifung ausgelöst werden wird. Zunächst werden neue Enttäuschungen über Gewerkschaften und Parlamentsbeschlüsse erlebt werden müssen. Wir wissen, wieviel Elend und Not die Einpeitscher solcher Klarheiten sein müssen. Die große Lehre, die Krieg und Nachkriegszeit den Proletariern gegeben hatte, ist vergeudet worden, in erster Linie durch die Schuld der 3. Internationale, der Leninisten aller Schattierungen. Statt prinzipieller wessensverschönerter Gegensätzlichkeit zur Sozialdemokratie im Grunde in dieselbe Kerbe schlagen, muß mit größerem Geschrei, lebend von dem glücklichen Umstand, offizielle Oppositionspartei spielen zu dürfen.

In dieser Verwirrung und Umnebelung der Köpfe auf der einen Seite, der abstumpfenden Resignation auf der andern, ist es die historische Aufgabe der KAPD, die die Formet-des-revolutionären Klassenkampfes dargestellt hatte, diese Kräfte zu entwickeln, diesen Kampf aufzunehmen und endlich zum Siege zu führen.

Die Zeit wird für uns sein — denn wir sind die wahren Träger des marxistischen Banners!

Scheidemann enthüllt ...

In der Zeitschrift „Der Klassenkampf“, dem Organ der sozialdemokratischen Opposition, findet sich ein bemerkenswerter Artikel, der unter Bezugnahme auf das jüngst erschienene Buch von Scheidemanns „Memoiren eines Sozialdemokraten“ die Stellung Eberts zur Frage der Monarchie und Revolution eingehend beleuchtet. Daraus geht einmal hervor — was wir schon lange wußten —, daß der nachmalige Reichspräsident noch am 9. November 1918 sich energisch für die Aufrechterhaltung der Monarchie eingesetzt hat. Scheidemann erhielt für seine „Ausrufung der Republik“ von seinem Freunde Ebert die kräftigsten Vorwürfe. Aber wichtiger ist für uns, was Philipp der Schöne über die Haltung des großen „Sozial-

sten“ gegenüber der Revolution zu berichten weiß. Da ist zunächst eine interessante Anekdote, die Ebert zum Prinzen Max von Baden getan hat. Sie lautet wörtlich: „Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht, ja, ich hasse sie wie die Sünde.“

Wir geben nun im folgenden dem Artikelschreiber selbst das Wort:

Aber damit ist Eberts Rolle im November 1918 nicht erschöpft. Die bisher skizzierte Linie seiner Politik findet ihre gradlinige Fortsetzung in der Schilderung, die der gegenwärtige Reichswehrminister Gröner, 1918 Generalquartiermeister, im Münchener Dolchstoßprozeß von seiner intimen Zusammenarbeit mit Ebert entwarf; Gröner führte aus:

„Ich habe dem Feldmarschall zuerst den Rat gegeben, nicht mit der Waffe die Revolution zu bekämpfen, weil zu befürchten sei, daß bei der Verlassung der Truppen eine solche Bekämpfung scheitern würde. Ich habe ihm vorgeschlagen, die Oberste Heeresleitung möge sich mit der Mehrheitssozialdemokratischen Partei verbünden, da es zurzeit keine Partei gebe, die Einfluß genug habe, im Volke, besonders bei den Massen, um eine Regierungsgewalt mit der Obersten Heeresleitung wieder herzustellen. Die Rechtsparteien waren vollkommen verschwunden, mit den äußersten Radikalen zu gehen, war ausgeschlossen. Selbstverständlich war dem alten Feldmarschall das durchaus nicht eine sympathische Lösung, aber da er immer, wo er noch auftrat, Einsicht genug hatte, um auch persönliche Stimmungen zurücktreten zu lassen, hat er sich dazu bereit erklärt. Dieses ist auch zum Ausdruck gekommen in einem Briefe, den der Feldmarschall am 8. Dezember an Herrn Ebert geschrieben hat. Das erste war, daß wir uns jeweils abends zwischen 11 und 1 Uhr telefonisch zum Hauptquartier mit der Reichskanzlei auf einem Geheimplatz verständigten. Zunächst handelte es sich darum, in Berlin den Arbeiter- und Soldatenräten die Gewalt zu entreißen. Zu diesem Zwecke wurde ein Unternehmen geplant, zwei Divisionen sollten in Berlin einmarschieren, Ebert war damit einverstanden, ein Offizier wurde zu den Verhandlungen über die Einzelheiten, auch mit dem preussischen Kriegsministerium war zu verhandeln, nach Berlin geschickt. Die Unabhängigen forderten, daß die Truppen ohne Munition einrücken. Wir haben ein Programm ausgearbeitet, das nach dem Einmarsch die Säuberung Berlins und die Entwaffnung der „Spartakisten“ vorsah. Das war auch mit Ebert besprochen, dem ich dafür ganz besonders dankbar bin wegen seiner absoluten Vaterlandsliebe und restlosen Hingabe an die Sache. Ich habe ihn auch überall verteidigt, wo er angegriffen wurde.“

Am 2. hat dann Ebert Noske herangerufen, um die Truppen gegen die Spartakisten zu führen. Am 29. sammelten sich die Freiwilligenverbände und nun konnte der Kampf vor sich gehen.

Genug des grausamen Spiels! Die Ausführungen Grönners, die von keiner Seite widerufen worden sind, wirken auf jeden Unbefangenen geradezu verheerend. Sie sind ein politischer Skandal ersten Ranges. Wenn nur die Partei daraus gelernt hat.

Halten wir anschließend noch einen äußerst wichtigen ökonomischen Gesichtspunkt fest. Kurz nach dem Tode Eberts veröffentlichte das „Magazin der Wirtschaft“ (Nr. 4 vom 3. März 1925) einen Artikel: „Der erste Reichspräsident und die Wirtschaft“, worin zum Ausdruck gebracht wurde, daß Ebert in den sechs Jahren seiner Amtszeit einen heroischen Kampf zur Rettung der privatkapitalistischen Wirtschaft geführt habe. Es wird daran erinnert, mit welcher leidenschaftlichen Aktivität sich Ebert allen sogenannten Bolschewisierungsbestrebungen widersetzte, wie er alle Kraft aufbot, um der wirtschaftlichen Revolution Einhalt zu gebieten und die wirtschaftlichen Vorkriegszustände wieder herzustellen. Wörtlich heißt es auch weiter:

„Er hat dieses Ziel nicht mehr erreicht sehen dürfen, und es ist in der Tat, wie er es sich vorstellte, überhaupt nicht mehr zu erreichen. Denn während er die prinzipielle, sichtbare, proletarische Wirtschaftsrevolution verhinderte, ist gleichzeitig eine andere Revolutionierung, eine unprinzipielle, weniger sichtbare und ganz unproletarische vor sich gegangen, die uns von den Vorkriegszuständen dennoch, vielleicht für immer fernhalten wird. Der große Akkumulations-, der Konzentrations- und Monopolisierungsprozeß hat während dieser Jahre mit einer Gewalt eingesetzt und zu Resultaten geführt, wie in keinem anderen Lande der Welt.“

Kommunistische Arbeiterzeitung

Erscheint in zwangloser Folge. Organ der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Angeschlossen der Kommunistischen Arbeiter-Internationale

DAS ISOLIERTE RUSSLAND

Int. Institut Soc. Geschichte Amsterdam

Trotzdem Rußland durch seinen Konflikt mit China im Brennpunkt der Weltpolitik steht, ist es längst nicht mehr einer der starken weltpolitischen Faktoren. Seine Bedeutung hat es nach jeder Richtung hin verloren. Es ist längst nicht mehr das Zentrum der Weltrevolution, das dem Kapitalismus Angst und Schrecken einflößen kann, und ist als kapitalistische Macht zu schwach, um gegen die Konkurrenz der anderen Weltmächte bestehen zu können.

Bestimmend für die Russenpolitik ist vornehmlich die Wirtschaftslage und die sich daraus ergebende innenpolitische Situation. Dazu haben wir immer wieder darauf hingewiesen, daß in Rußland mit seinem überwiegend agrarischen Charakter, den Bauern Konzessionen gemacht werden mußten. Die Parole: Das Land den Bauern, hat zwar den Großgrundbesitz enteignet, dafür aber den armen Bauern Konzessionen gemacht und ihnen das Eigentum belassen. Damit waren dem Kommunismus die Stoßbahnen ausgebrochen. Die Halbheit der (ursprünglichen) russischen Revolution wurde durch die Konzentration der Arbeiter- und Bauern-Räte manifestiert. Einem Teil der Besitzenden ließ man also das Eigentum, und gab ihnen auch politisches Mitspracherecht.

Wir wollen hier nicht weiter ausführen, wie in einzelnen Etappen die innere Entwicklung Rußlands weiterging, sondern nur feststellen, daß Marx mit seiner in kommunistischen Manifest stützten Auffassung recht behalten hat, daß sich in einem Lande wie Rußland der Kommunismus nur durchführen und halten läßt, wenn er gleichzeitig in anderen Ländern gesiegt hat.

Daß die Revolution nicht weiter vorgeschritten ist nach Mittel- und Westeuropa, ist schuld einer falschen außenpolitischen Einstellung der russischen Exekutive, die das kämpfende Proletariat in Deutschland, Ungarn und Bulgarien mit den politischen Machtmitteln aktiv unterstützen mußte. Müßig ist es zu untersuchen, warum man diese Maßnahmen nicht getroffen hat, aber sicher spielen die Angst um den Verlust der Führerpositionen im siegreichen kommunistischen Staate, der seinen Schwerpunkt im industrialisierten Mittel- und Westeuropa haben würde, und die mangelnden Zivilisierungen bei einem anderen Teile der Führer eine entscheidende Rolle.

Die Bolschewiki haben sich mit ihrer Bauern-Kompromiß-Politik und der Konzessionspolitik an die ausländische Industrie am Ruder gehalten. Neidlos kann man feststellen, daß von ihnen auf kulturellem Gebiete Ungeheures geleistet worden ist, und Rußland aus der untersten Stufe der zivilisierten Länder in die erste Linie gebracht worden ist und daß man in den staatlichen Anstalten der Großstädte eine vorbildliche Hygiene treibt. Sicher ist auch, daß politisch und wirtschaftlich eine Besserstellung für die Arbeiterschaft erfolgt ist. Alles dieses aber wurde gleichzeitig durch das Vorbild anderer Völker. Die Bolschewiki zehren von dem Ruhen dieser Taten und fristen ihre weitere Existenz dadurch, daß sie abwechselnd den Arbeitern oder Bauern Illusionen vermachen. Die Kleinbauern befriedigt man, indem man Maßnahmen gegen die Großbauern (Kulaken) ankündigt, ohne sie durchzuführen, und den Arbeiter ködert man durch Putsche der kommunistischen Sektionen, die man als Vornachbar der Revolution hinstellt. Daneben bildet nur der ungeheure Bürokratismus den vielen eine bequeme Existenz, die als Schutzkleid der Macht haben gelten.

KOLONIALKRIEG IN PALÄSTINA

Im „gelobten Lande“ ist die Hölle des Krieges entfesselt. Statt des sagenhaften Mannas regnet's aus Flugzeugen Bomben und Gasgranaten auf die Kolonialklaven des englischen Imperiums nieder. Mit den Mitteln des Weltkrieges und den Waffen zukünftiger Kriege schlagen sich Juden und Araber für die Herrschaft der englischen Kapitalisten.

Angänglich entstand dieser Kampf der Sklaven aus „religiösen“ Widersetzlichkeiten und hatte sein Vorgespiel in jenen Vorgängen an der „Klagemauer“ im Jahre 1928, wo am höchsten jüdischen Feiertage — dem Versöhnungsfeste — einen Paravants wegen unter den betenden Juden ein Massaker angerichtet wurde. Seit dieser Zeit tobte ein ständiger Kleinkrieg zwischen den Arabern und Juden, der nun jetzt im Aufstand der Araber endet. Aber nicht jener Streit um das Gesetz des Sultans Selim, das die bacillischen Veränderungen an Religionserringerungen verbietet und das die Juden damals verletzte, ist der wahre Grund des Kampfes, nicht der Bart des Propheten und die Bundeslade Jehovas bilden, trotz des äußerlichen Anlasses, die Ursachen dieses Konfliktes. Ebensovienig wie der Bauernkrieg 1525 in Deutschland, eine Folge der Lutherschen Thesen, ist der Aufstand der Araber eine religiöse Auseinandersetzung zwischen den Parteien, sondern ganz reale, wirtschaftliche Gründe bedingen den Konflikt.

Für ihre Teilnahme am Weltkriege war den Arabern die Selbstherrlichkeit in Ägypten als englisches Dominion versprochen worden. Die „nationale Freiheit“ sollte den Siegespreis für den Aufstand gegen die Türkei bilden. Selbstverwaltung in Ägypten und Palästina, eigenes Heer, eigenes Parlament sollten den ewigen Kampf der „Wüstenoöhne“ gegen ihre jeweiligen Herrscher beenden. Doch aus den Versprechungen der englischen Herren wurde, nach dem der Mohr seine Schuldigkeit getan, nichts ... oder doch ... Ägypten erhielt seinen eigenen König, Fuad, den ehemaligen französischen Koch und italienischen Offizier, für die nationale Befreiung seines Landes so „begeistert“, wie sein direkter Vorgesetzter, der englische Kommandeur des ägyptischen Heeres. Und in Palästina ... da erhielten die Araber einen Gouverneur, Sir Samuel, der ein ausgezeichnete Vertreter der englischen Diplomatschule ist. Während er an jüdischen Gottesdiensten teilnahm, befahl er auf Grund eines Gesetzes aus dem Jahre 1557, den Arabern zu gefallen ein Blubad unter den Juden, eben jenen Vorgang an der Klagemauer im vorigen Jahr. Dann aber spielte er sich als Oberzionist auf und erlichrte den Juden die Einwanderung in das „gelobte Land“ und sorgte für ihre Ansiedlung zum Schaden der arabischen Bevölkerung.

Sicher ist die innenpolitische Situation für Stalin und seinen Tröb keine günstige. Kampf den Kulaken; Kampf den Liquidatoren! Kampf den revolutionären Wirkköpfen, so waren die Parolen. Um von dieser schwierigen Lage abzulenken, brauchte man die Putsche am 1. Mai. Das Verantwortungslöse liegt nicht nur in der süßlichen Opferung

Sir Samuel gab jedem nach dem Grundsatz: Teile, dann wirst du herrschen. So wurde Palästina der Angelpunkt der englischen Ägyptenpolitik. Je stärker die Freiheitsbewegung, umso mehr Bevorzugung der jüdisch-zionistischen Bewegung als Schutzwall gegen die Freiheitsgelüste der Araber. Dabei blieb es sich gleich, ob die Regierung in London unter der Firma der Konservativen oder der Arbeiterpartei segelte. Englands wirtschaftliche und politische Bedeutung lag und liegt in seinen Kolonien. Ohne Indien, Ägypten usw. ist England, das Mutterland des Kapitalismus, ein nichts. Und Palästina bildet, auf dem Wege zur weiteren Beherrschung Indiens und damit der englischen Machtstellung den strategischen Knotenpunkt. Weder den Arabern, noch den Juden gehört, noch darf jemals Palästina gehören, ist die Lebensnotwendigkeit Englands. Schlagt euch gegenseitig tot um die Vorherrschaft, wir schlagen gegen beide Teile, und mit dem großen Geldsack ist immer der Sieg verknüpft. Solange die Araber die Juden bekämpfen und umgekehrt, ist es ein leichtes für England, seine Herrschaft unter dem Druckmittel militärischer Macht zu erhalten und mit der Beherrschung Palästinas sich die Basis für die Unterdrückung der indischen und ägyptischen Nationalrevolution zu sichern.

Und für diese Interessen schlagen sich Araber und Juden im „gelobten Land“ in trügerischer Hoffnung der eigenen Befreiung durch die Unterdrückung des anderen.

Die Juden sind keine Nation und werden nie eine werden, trotz Palästina und dem Zionismus, während die Araber ihre notwendige Befreiung vom Joch des englischen Imperiums nicht im Kampf gegen diese Phantombationalisten erobert werden.

Beider Kampf um Palästina ist ein Zerfleischen für die Interessen derer, die ihnen fremd und feind sind, ihre Toten ein Opfer für den Sklavenhalter England.

Am Ausgang dieses Kampfes hat das revolutionäre Proletariat nur insoweit einen Anteil zu nehmen, als es diese Konflikte als den Prozeß der Endphase des Kapitalis registriert. Gleichgültig ist es für unsere Aufgaben im Klassenkampf, ob arabische oder jüdische Kapitalisten, wie beim letzten Streik der Landarbeiter Palästinas, Maschinengewehre gegen Arbeiter in Tätigkeit setzen lassen. Die Entwicklung dieser Kolonialländer zu eigenen kapitalistischen Staatsgebilden vollzieht sich als Notwendigkeit und mit dieser Entwicklung reißt auch dort der Boden für die proletarische Revolution als die Lösung des Rassen- und Nationalitätenproblems überhaupt.

der revolutionären Proletarier, nicht in der Schwächung der Kämpferschar und die durch die triviale Verantwortungslosigkeit der Stalinliquiden von den blutdürstigen Ordnungsbestien der sozialdemokratischen Polizeiminister dahin gemordeten Arbeiter, sondern darin, daß durch die Entfesselung von Kämpfen, die nicht bis zur Entscheidung durchgeführt